

Irreguläre Migration und bürgerschaftliches Engagement

Tamara (Berlin): „Also klar, da ist immer diese Angst, die ist immer da, diese stille Angst, dass dich niemand hier will. Aber trotzdem, du hast deinen Kreis, Freunde, dann unterstützt dich eine Gruppe.“¹

Die jüngste Katastrophe im Mittelmeer zeigt, welche außerordentlichen Gefahren Menschen auf sich nehmen – und ausgesetzt sind – die aus ihren Herkunftsländern fliehen. Und sie nehmen oft schwierigste Bedingungen im „Aufnahmeland“ auf sich, besonders, wenn sie ohne gültigen Aufenthaltstitel bleiben. Irreguläre Migranten reisen jedoch auch oft legal ein – um anschließend, nachdem das Visum angelaufen ist, weiter im Land zu bleiben.

Im Folgenden soll es um Hilfe für irreguläre Migrantinnen und Migranten in Europa gehen. Eine solche Hilfe unterscheidet sich von den meisten anderen bürgerschaftlichen Engagements, da sie oft mit der ordnungsrechtlichen Sicht auf irreguläre Migration kollidiert. Welche Rechte stehen Personen zu, die sich illegal auf dem jeweiligen Territorium befinden? Diese Frage wird von den europäischen Nationalstaaten sehr unterschiedlich beantwortet und dies prägt auch das Engagement gegenüber irregulären Migrantinnen und Migranten. Während in Deutschland das Engagement für Flüchtlinge sowie soziale Rechte irregulärer Migrantinnen und Migranten im Vordergrund stehen, wird in anderen Ländern stärker der Fokus auf Legalisierungen gelegt. Da es in Deutschland nie größere Legalisierungswellen – vergleichbar mit Frankreich oder den USA – gab, finden sich hier zwar die Forderung nach offenen Grenzen und Kampagnen wie „kein mensch ist illegal“. Letztere unterscheidet sich jedoch von Kampagnen anderer Länder, bei denen die Legalisierung einer bestimmten Personengruppe angestrebt wird, deutlich.

Die im Folgenden beispielhaft präsentierten Akteure und Positionen sollen einen kleinen Einblick in das Engagement für die Rechte „irregulärer“ Migrantinnen und Migranten in Europa (mit Schwerpunkt auf Deutschland und Frankreich) vermitteln, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

¹ Zitat stammt aus einem Interview, das im Rahmen meiner Dissertation geführt wurde: Breyer, Insa (2011). Keine Papiere – keine Rechte? Die Situation irregulärer Migranten in Deutschland und Frankreich. Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag.

PICUM: Platform for International Cooperation of Undocumented Migrants

PICUM steht für „Platform on the International Cooperation of Undocumented Migrants“ – also eine Plattform, die der internationalen Kooperation über undokumentierte Migration verpflichtet ist. PICUM hat ihren Sitz in Brüssel. Erklärtes Ziel ist die Förderung der Respektierung der Menschenrechte von undokumentierten Migrantinnen und Migranten in Europa. Auf die Bezeichnung „undokumentierte Migrantinnen und Migranten“ bzw. auf die Vermeidung der Bezeichnung „illegale Migranten“ wird Wert gelegt, da letztere als diskriminierend begriffen wird. Die Gründung erfolgte 2001 und geht zurück auf Graswurzelinitiativen. Verschiedene Themen werden behandelt, Positionspapiere veröffentlicht und Interessensvertretung betrieben. Es geht u.a. um Unterbringung, Gesundheit, Bildung und Arbeit. Zugleich wird eine Netzwerkbildung von Organisationen angestrebt, die im Bereich der humanitären Hilfe für irreguläre Migrantinnen und Migranten tätig sind. PICUM selber formuliert fünf Aufgabenbereiche: Beobachtung und Berichterstattung, Capacity building (Entwicklung der Kapazitäten von NROs und allen anderen Akteuren), Interessensvertretung, Sensibilisierung sowie die Aufgabe, als globaler Akteur im Bereich internationale Migration tätig zu werden. Es gibt ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überall in Europa.

PICUM versucht, das Thema einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie Informationen zu Ländern bereitzustellen und eine Vernetzung zu betreiben. Besonders auf der Ebene europäischer und internationaler Institutionen wird versucht, eine Einflussnahme zu erreichen und die Rechte undokumentierter Migrantinnen und Migranten zu vertreten.

Zugleich sind viele Forderungen, beispielsweise nach sozialen Rechten, abstrakt – und die Probleme der konkreten Umsetzung dieser Forderungen zeigen sich im Detail. Auch treffen die Forderungen auf sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen in verschiedenen Nationalstaaten und die dortigen Initiativen unterscheiden sich entsprechend.

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe (genannt medibüro), Deutschland

Medibüros gibt es in verschiedenen deutschen Städten, es erfolgt eine Vermittlung (ehrenamtlicher) anonymer, kostenloser medizinischer Behandlung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Vermittlung bedeutet, dass ein Netz von Ärztinnen und Ärzten verschiedener Fachrichtungen sowie Hebammen etc. aufgebaut wurde, die kostenlos und anonym bereit sind, Menschen ohne Status zu behandeln. Aus verschiedenen Gründen, die hier nicht weiter erläutert werden können, ist die medizinische Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland völlig unzureichend – hier setzt das Engagement des medibüros an.

Daneben gibt es noch die Malteser Migranten Medizin, die allerdings auch direkt vor Ort medizinische Untersuchungen vornimmt. Das medibüro vermittelt nur weiter. Zugleich wird immer auch zum Spenden aufgerufen, da die Behandlungen zwar kostenlos sind, Laborkosten, Materialkosten etc. aber trotzdem anfallen. Das medibüro betont immer auch die Unzulänglichkeit der eigenen Arbeit.

Die Positionen sind sehr konkret und basieren auf den Erfahrungen der alltäglichen Arbeit. Grundsätzlich geht es um die Ausweitung der regulären Gesundheitsversorgung für alle Menschen, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Gefordert wird die Abschaffung des § 87 des Aufenthaltsgesetzes, wonach öffentliche Stellen (seit 2011 wurde für Erziehungseinrichtungen eine Ausnahme eingefügt) verpflichtet sind, die Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn Sie Kenntnis von einem irregulären Aufenthalt erlangen. Solche Regelungen führen auch dazu, dass irreguläre Migrantinnen und Migranten weitgehend anonym bleiben und die Organisation der Betroffenen selber äußerst schwierig ist.

Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples (genannt MRAP), Frankreich

Die MRAP, also die Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft, wurde bereits 1949 gegründet, als Anschluss-Organisation einer résistance-Bewegung. Anfangs standen Antisemitismus und Kolonialismus im Zentrum, aktuell ist Rassismus in Frankreich ein wichtiges Thema und in diesem Zusammenhang auch irreguläre Migration.

So organisiert die MRAP – je nach Region sehr unterschiedlich – verschiedene Formen der juristischen Beratung von Sans-papiers, besonders im Hinblick auf Legalisierungen. In Frankreich gab es in der Vergangenheit verschiedene Legalisierungen, mit sogenannten Stichtagsregelungen. Und es gibt die Möglichkeit – nicht das Recht – sich nach zehn Jahren irregulären Aufenthalt legalisieren zu lassen (vie privée et familiale). Diese Möglichkeiten werden immer restriktiver gehandhabt. Legalisierungen sind zugleich ein wichtiges Thema in Frankreich.

Da die medizinische Versorgung relativ weitgehend über die Aide médicale d'Etat (AME) geregelt ist, sind soziale Rechte weniger direkt ein Thema.

Im Rahmen eigener Forschungen im Jahr 2007 konnte ich an den Beratungen von Sans-papiers im MRAP teilnehmen. Diese wurden größtenteils durch Ehrenamtliche durchgeführt und umfassten neben der Beratung oft auch eine direkte Begleitung von Sans-papiers bei Behördengängen. MRAP beteiligt sich regelmäßig an Aufrufen zu Demonstrationen. Die Organisation stellt sich gegen restriktive Gesetzesänderungen und unterstützte immer wieder Streiks bzw. andere soziale Bewegungen von Sans-papiers. So arbeitet die MRAP eng mit Initiativen von Sans-papiers zusammen. Diese formieren sich immer wieder, insbesondere, um Legalisierungen zu fordern.

Die MRAP ist nur eine Organisation unter anderen, die zu Legalisierungen berät und sich für die Rechte von Sans-papiers einsetzt. Zu nennen sind noch GISTI (die sich vor allem auf rechtliche Aspekte spezialisiert hat) und die Cimade, eine Organisation mit protestantischem Hintergrund.

Bürgerschaftliches Engagement und irreguläre Migration

Im bürgerschaftlichen Engagement spiegelt sich die nationale Gesetzgebung wider. Die unterschiedlichen Schwerpunkte verweisen darauf, wie die verschiedenen NGOs, Vereine, Netzwerke

etc. durch die jeweilige nationalstaatliche Gesetzgebung geprägt sind. Um es einfacher auszudrücken: Wo es Legalisierungswellen gab, kann es auch eine Unterstützungsstruktur hierfür geben. Wo medizinische Versorgung fehlt oder unzureichend ist, greift notgedrungen (notwendigerweise unzureichend) die Zivilgesellschaft ein.

Im Hinblick auf das Engagement finden sich jedoch auch sehr unterschiedliche politische Positionen. Es lassen sich zwei argumentative Richtungen finden, die aber in der Praxis nicht immer voneinander zu trennen sind. Implizit werden darin auch Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung sowie der argumentativen Begründung der Kritik deutlich.

Es wird *einerseits* auf die Menschenrechte zurückgegriffen, es dominieren humanitäre, teilweise christlich begründete Argumente. Das prinzipielle Recht des Staates, sein Territorium zu kontrollieren, Abschiebungen vorzunehmen und die Grenzen zu sichern, wird gar nicht oder nur in bestimmten Aspekten (Umfang der Aufnahme von Flüchtlingen, Mittel der Grenzkontrolle, Möglichkeiten der legalen Einreise) in Frage gestellt.

Andererseits wird die Bewegungsfreiheit, also Aus- und Einwanderung als Recht eingefordert. Einwanderungskontrolle wird stärker insgesamt in Frage gestellt. In diesem Zusammenhang werden auch geschichtliche Gründe von Einwanderung diskutiert, so beispielsweise in Frankreich die Kolonialgeschichte.

- Zivilgesellschaftliche Positionen schwanken zwischen radikaler Infragestellung „der Grenze“ und pragmatischen Positionen. Teilweise lassen sich die Positionen eindeutig einer Richtung zuordnen, oft finden sich jedoch Elemente, bei der die momentane Regulierung von Einreise und Aufenthalt zumindest eingeschränkt in Frage gestellt wird und zugleich die Rechte der bereits im Land befindlichen irregulären Migrantinnen und Migranten diskutiert werden.

- Die meisten NGOs, Vereine etc. sind mit generellen Schwierigkeiten konfrontiert, eine „anonym“ lebende Gruppe zu vertreten. Denn es ist durchaus nicht in allen Ländern üblich bzw. praktisch durchführbar, dass irreguläre Migranten öffentlich für sich selber sprechen. Oft wird der Wahrung der Anonymität der Personen viel Bedeutung beigemessen. Dies erschwert teilweise die Öffentlichkeitsarbeit. Je nach Land divergiert jedoch der Grad der Anonymität.

- Die mediale Repräsentation irregulärer Migranten ist innerhalb Europas sehr unterschiedlich. In Deutschland wird stärker der irreguläre Grenzübertritt diskutiert als die Situation der bereits im Land lebenden Migrantinnen und Migranten. Die Sans-papiers-Bewegungen in Frankreich haben gezeigt, dass der Erfolg derselben sowie der unterstützenden Organisationen stark daran hängt, ob und wie die Medien hierüber berichten.

Bürgerschaftliches Engagement gegenüber irregulären Migrantinnen und Migranten unterscheidet sich von anderen Formen des Engagements insofern, als hier eine Gruppe berührt ist, die aus rechtlicher Sicht illegal ist, der jedoch aus Sicht der Engagierten mehr Rechte zukommen, als sie



demokratische Nationalstaaten gewährleisten. Auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement fragt nach „Migration und Teilhabe“ und möchte das Engagement von Migrantinnen und Migranten fördern. In Frankreich hat sich gezeigt, dass auch Sans-papiers eine soziale Bewegung bilden können – aufgrund der rechtlichen Situation in Deutschland ist dies bislang ausgesprochen schwierig.

Autorin

Dr. Insa Breyer, Politikwissenschaftlerin, arbeitet beim Viadrina Center for Graduate Studies (VCGS) an der Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (Derzeit im Mutterschutz). Vom 01.10.2005 bis 20.01.2015 war sie am Centre Marc Bloch tätig und arbeitete u. a. an den Forschungsprojekte „Die vergangene Zukunft Europas“ und „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Migration und Menschenrechte (Dissertationsthema: "Sans-papiers" und "Illegale" in Frankreich und Deutschland).

Kontakt: breyer@europa-uni.de

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de